

Protokolleintrag vom 27.08.2003

Von Erika Bärtschi (FDP) und Dr. Doris Weber (FDP) ist am 27.8.2003 folgendes *Postulat* eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit die einschlägigen Polizeiverordnungen der Stadt Zürich zu ändern sind – und allenfalls durch den Gemeinderat zu beschliessen sind – damit von den Polizeikräften die Wegweisung jener störenden Personen von den öffentlichen Anlagen (u. a. Seepromenade, Bahnhofbrücke) vollzogen werden können, welche ständig und wiederholt die öffentliche Ordnung in solchen Gebieten stören und verletzen.

Begründung:

Dem Vernehmen nach ist die Stadtpolizei neuerdings machtlos gegenüber jenen Personen, welche in öffentlichen Anlagen ständig durch ihr Verhalten (Lärm, Abfall, provokatives Auftreten) das Umfeld anderer stören. Eine gewisse neue Rolle soll angeblich der Umstand spielen, dass vor allem gegenüber ausländischen Personen mit EU-Staatsbürgerschaft die polizeiliche Wegweisung nicht mehr vollzogen werden kann.

Die einschlägigen kommunalen (städtischen) Polizeierlasse sind deshalb zu überprüfen und wenn notwendig, allenfalls in Kompetenz des Gemeinderates, zu verschärfen bzw. dahingehend zu ergänzen, dass die Polizei wieder eingreifen kann.